

Von der Mehrheit zur Minderheit

Statistische Daten zur sozialen Position »Arbeiter und Arbeiterin«

Vorbemerkung.....	2
Methodische Vorbemerkung.....	3
Definition.....	3
Datenquellen.....	3
Von der Mehrheit zur Minderheit.....	4
Schwindende Bedeutung einer Status-Differenz.....	4
Arbeiterinnen und Arbeiter.....	5
Regionale Aspekte.....	6
Alter.....	7
Subjektive Selbsteinstufung.....	8
Einkommen, Bildung und Berufe.....	12
Einkommen.....	12
Schulischer Abschluss.....	12
Beruflicher Abschluss.....	13
Wirtschaftsbereiche.....	15
Datenquellen.....	16
Daten-Anhang.....	17

Vorbemerkung

Im Jahr 2017 wies die amtliche Statistik lediglich noch 17,5% der erwerbstätigen inländischen Bevölkerung als »Arbeiter« und »Arbeiterinnen« aus. Ältere (Rentner-)Jahrgänge erinnern sich noch an andere Zeiten, in denen nahezu die Hälfte der Erwerbstätigen als »Arbeiter« zählte und diese die dominante soziale Status-Gruppe der Industriegesellschaft waren. Arbeiter oder Arbeiterin war, wer überwiegend körperlich arbeitete und, oft wöchentlich, eine Lohntüte erhielt. Die Unterschiede zum Status des und der Angestellten waren offenkundig: Blaumann statt weißer Kragen, Wind und Wetter statt Bürostube, Lohn statt Gehalt. Vom Arbeiter zum Angestellten zu werden, bedeutete in den Köpfen vieler, sozial aufzusteigen. Nicht zuletzt infolge dieser sozialen Mobilität schrumpften allerdings viele lebens- und alltagsweltliche Distinktionen zwischen »Arbeiter« und (einfachen und mittleren) »Angestellten« in ihrer Bedeutung oder verschwanden gänzlich, z.B. die wöchentliche Lohnzahlung.

Mit der abnehmenden Dominanz der Sozialfigur »Arbeiter« wandelte sich auch die Sprach- und Begriffswelt. Statt von Arbeitern und Angestellten ist von Arbeitnehmern, abhängig Beschäftigten oder Lohnabhängigen die Rede, dabei oftmals auch den Status »Beamte« einschließend und die zweifellos fortbestehenden Unterschiede verwischend. Oder der Begriff »Arbeiter« wird umgekehrt verwendet, auch andere soziale Stellungen einschließend. Augenscheinlich hat der Begriff in der öffentlichen Rede seine Schärfe verloren.

Mitnichten trifft das immer im Alltagsleben zu. Sehr wohl wird hier in der Selbst- wie Fremdwahrnehmung unterschieden, etwa ob man zur »Arbeiterschicht« oder zur »Mittelschicht« (der Angestellten) zählt, wobei diese Selbsteinstufung nicht zwingend mit der eigenen sozialen Lage in Einklang stehen muss, sondern auf Verbundenheit mit der sozialen Herkunft beruhen kann. Auch spielt der »Arbeiter« in der politischen Debatte wieder eine größere Rolle, nämlich seit dem er sein Wahlverhalten geändert hat: von der hohen Wahrscheinlichkeit, SPD zu wählen, zur hohen Wahrscheinlichkeit, sich gar nicht zu beteiligen; und bei den Arbeitern, die wählen, zuletzt zu einem hohen Stimmenanteil für eine rechte Partei. Übersehen bzw. nicht hinterfragt wird dabei, welche Bedeutung dieses Stimmverhalten für das Gesamtergebnis hat, welchen Anteil Arbeiter unter allen Wählern noch einnehmen.

Der Abstieg von der dominanten Sozialfigur zu einer minoritären gründet im ökonomischen Strukturwandel, ist selbst aber wiederum die Quelle einer Reihe von subjektiven Verarbeitungs- und Anpassungsweisen. Strukturelle Macht – Marktmacht wie Produktionsmacht – schwindet dramatisch, mit ihnen auch die Organisationsmacht, die eigenen Gesellschaftsbilder verlieren ihre normierende Kraft, damit auch die Lebensweise und Lebenseinstellungen, schließlich muss man sich auch mit dem Gedanken beschäftigen, den sozialen Aufstieg nicht geschafft zu haben. Zusammen mit den (neuen) Schließungsversuchen der sozialen Aufsteiger nach unten bildet sich (wieder) eine klassische »proletarische Lebenslage« heraus, die nicht nur von der Existenzsicherung geprägt ist, sondern auch wieder von der Aussichtslosigkeit, diese Lage verlassen zu können. Die umgangssprachlichen »beengten Verhältnisse« kehren zurück.

Besonders bemerkenswert und in der Bedeutung für die gesellschaftspolitischen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre nicht zu unterschätzen: der soziale Wandel, die Schrumpfung der sozialen Position »Arbeiter« hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren, enorm beschleunigt und damit auch die Statusverunsicherungen, die Umstellungserfordernisse, der soziale Druck auf den Habitus.

All das war Anlass, ein paar grundlegendere statistische Daten zusammenzutragen, die in groben Zügen die »Flugbahn« des »Arbeiters« in der deutschen Sozial- und Klassenstruktur charakterisieren können.

Methodische Vorbemerkung

Definition

Zur sozialen Stellung »Arbeiter« zählt (in der amtlichen Statistik), wer sein Arbeitsentgelt als »Lohn« erhält, im Gegensatz zum »Gehalt« der Angestellten.¹ Arbeiter und Arbeiterinnen sind im eigentlichen Sinne »Lohnabhängige«, Angestellte wären entsprechend als »Gehaltsabhängige« zu bezeichnen. Mit der Zusammenführung der Rentenversicherung der Arbeiter mit der Rentenversicherung der Angestellten im Jahr 2010 ist die letzte sozialrechtlich wichtige Unterscheidung zwischen den beiden sozialen Stellungen entfallen, seitdem wird, in der Regel unter Einschluss der Beamtinnen und Beamten, vorwiegend von »abhängig Beschäftigten« gesprochen. Aber in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung hat die Unterscheidung nach der sozialen Stellung ihre Bedeutung behalten - etwa wenn in der Wahlforschung die Wahlentscheidungen von Arbeitern und Angestellten unterschieden werden.

Datenquellen

Weitgehend unerforscht ist, welche Auswirkungen auf die Selbstwahrnehmung, die soziale Positionierung oder das Gesellschaftsbild der Wechsel von der sozialen Stellung des Arbeiters in die des Angestellten hatte und hat, oder der immense Bedeutungsverlust, den der Arbeiterstatus in den vergangenen Jahrzehnten hinnehmen musste.

Die Datensammlung teilt sich in drei Abschnitte: den historischen Verlauf, die subjektive Selbsteinstufung und die Veränderungen der Berufsstruktur.

Als Datenquellen dienten die öffentlich zugänglichen amtlichen Statistiken (Statistische Jahrbücher, Fachserie des Statistischen Bundesamtes, Datenreport 2016). Nicht für alle gewünschten Jahre und Kategorien wurde dabei der soziale Status »Arbeiter« ausgewiesen, sondern nur allgemein »Arbeitnehmer« bzw. »abhängig Beschäftigte«. Dadurch entstanden Lücken in den Rückblicken, weshalb auf Jahre zurückgegriffen wurde, in den die Daten ausgewiesen wurden. Änderungen in der Systematik (Zuordnung zu Wirtschaftsbereichen) wurden so gut wie möglich zu berücksichtigen versucht.

1 Die amtlichen Definitionen lauten:

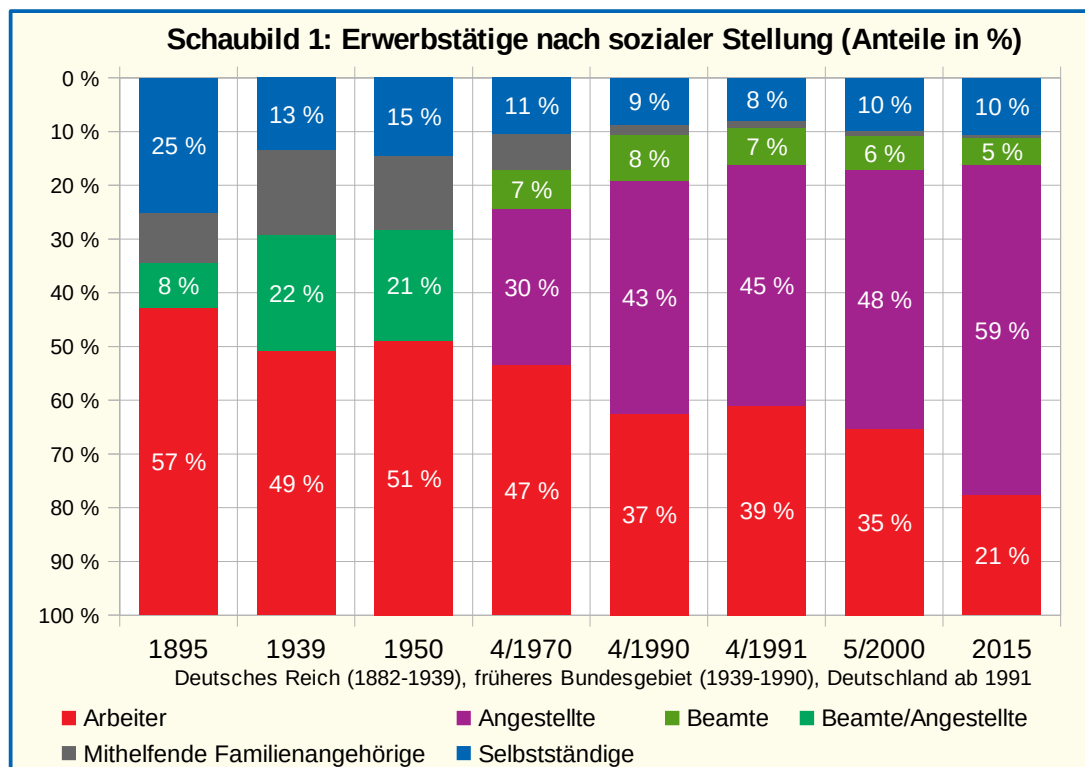
»**Angestellte**: Alle nicht beamteten Gehaltsempfänger/-innen, einschließlich sonstige/-r Beschäftigte/-r mit kleinem Job neben Schule, Studium oder Ruhestand. Für die Zuordnung ist grundsätzlich die Stellung im Betrieb bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag entscheidend. Leitende Angestellte gelten ebenfalls als Angestellte, sofern sie nicht Miteigentümer/-innen sind. Den Angestellten werden – sofern kein getrennter Ausweis erfolgt – auch die Personen in Freiwilligendiensten zugeordnet.« »**Arbeiter/-innen**: Alle Lohnempfänger/-innen, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode und der Qualifikation, ferner Heimarbeiter/-innen sowie Hausgehilfen und Hausgehilfinnen.« (Destatis 2017, FS 1, Reihe 4.1., Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2016)

Wegen kleinerer methodischer Änderungen sind die Daten ab 2016 nicht mehr uneingeschränkt vergleichbar mit den Vorjahren. Deshalb enden hier die meisten Langzeitreihen 2015, während ansonsten auf die jeweils aktuellsten Daten zurückgegriffen wird.

Von der Mehrheit zur Minderheit

Schwindende Bedeutung einer Status-Differenz

Die erste Berufszählung des Kaiserlichen Statistischen Amtes von 1882 ermittelte knapp 12,6 Mio. Arbeiterinnen und Arbeiter. Das waren damals etwa 56% der knapp 19 Mio. Erwerbstätigen. Bei der nächsten Zählung 1895 erreichte der Arbeiteranteil an den Erwerbstätigen mit 57,2% einen historischen Höchststand bei den Berufszählungen im Deutschen Reich. 1939 stellten Arbeiter mit 49% dann nur noch knapp die Hälfte der Erwerbstätigen, obwohl ihre absolute Anzahl seit 1895 um 39% auf 17,5 Mio. Personen angestiegen war. Im gleichen Zeitraum hatte sich der Anteil der Angestellten und Beamten von 8,3% auf 21,6% nahezu verdreifacht (siehe Schaubild 1 und Schaubild 1a im Anhang). Der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung hatte sich von 42,7% in 1895 auf 51,6% in 1939 erhöht - bei gleichzeitigem relativen Bedeutungsverlust der Lohnarbeit im engeren Sinne. Relativ und absolut abgenommen hatte in diesem Zeitraum die Zahl der Selbstständigen und der mithelfenden Familienangehörigen.



Die ersten zwanzig Jahre der Bundesrepublik Deutschland brachten 1950 bis 1970 einen leichten Anstieg der Arbeiterzahl um 2,4% auf 12,3 Mio. erwerbstätige Arbeiterinnen und Arbeiter, wobei ihr Anteil an allen Erwerbstätigen auf 47% sank. In dieser Periode setzte sich die Schrumpfung bei Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen insbesondere infolge des forcierten Strukturwandels in der Landwirtschaft fort.

Deutliche Veränderungen traten dann nach 1970 ein: die Arbeiterzahl sank unter 11 Mio., der Anteil an allen Erwerbstätigen von 47% auf 37%. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung war mit rund 46% in 1990 gleich groß wie in 1950 (1991: 46,6%, 2000: 44,5%, 2015: 49%).

Infolge der anderen Wirtschaftsstruktur der DDR stieg der Arbeiteranteil in Deutschland 1991

wieder leicht an, bis 2000 sank er lediglich moderat in etwa der gleichen »Geschwindigkeit« wie in den 1980er Jahren in der alten Bundesrepublik. Etwa ab 2010 veränderte sich das schlagartig. War die Zahl der Arbeiter 1991-2000 um rund 1,9 Mio. Personen (-13%) gesunken, so von 2000 bis 2015 um 4 Mio. (-32%).² Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen sank von 35% auf 21%. Gleichzeitig stieg die Angestelltenzahl um 35% auf 23,8 Mio. oder knapp 60% der Erwerbstätigen.

Nach den (vorläufigen) Zahlen für das Jahr 2017 hat sich dieser Wandel nochmals beschleunigt. Die Zahl der Lohnabhängigen im engeren Sinne sank um mehr als 1,3 Mio. auf knapp 7,3 Mio. Arbeiterinnen und Arbeiter (-18%), diejenige der Gehaltsabhängigen erhöhte sich um 2,8 Mio. Personen.

Mitte der 1980er Jahre betrug das Verhältnis von Arbeitern zu Angestellten (ohne Beamte) in der alten Bundesrepublik noch 1:1, im Jahr 2000 lag es in Deutschland bei 1,4:1 und 15 Jahre später bei 2,8:1. Auch wenn sich hinter diesen Veränderungen keine Veränderungen in Beruf und Arbeitsplatz verbergen sollten, sondern lediglich Formänderungen des Einkommens, so bleibt: Noch Anfang der 1990er Jahre konnte die (subjektive) Wahrnehmung, dass »Arbeiter« zu sein eine bedeutende, wenn nicht noch dominierende soziale Stellung sei, ein empirisches Fundament für sich beanspruchen bzw. war die Erinnerung an diese Zeiten noch frisch. Mit den sozialen Wandlungsprozessen nach 2000 werden »Arbeiter«, Lohnabhängige im engeren statistischen Sinn, zu einer fühl- und erfahrbar schrumpfenden Minderheit.³

Arbeiterinnen und Arbeiter

Die Ausweitung des Anteils der Erwerbstätigen bzw. Erwerbspersonen an der Bevölkerung (Erwerbsquote) erscheint zum größeren Teil als eine Erhöhung des Frauenanteils, der noch deutlicher ausfällt, wenn man den Anteil der abhängigen Beschäftigung betrachtet, da sich hinter der abnehmenden Zahl der mithelfenden Familienangehörigen vor allem die Verwandlung von weiblicher Erwerbstätigkeit in abhängige Beschäftigung als Arbeiterin oder Angestellte verbirgt.

1895 waren kaum 30% der Erwerbstätigen Frauen - 56% der mithelfenden Familienangehörigen und 33% der Lohnabhängigen. Die »Arbeiterklasse« war zu einem Drittel weiblich. Bis 1925 erreichte der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen knapp 36% und blieb bis Anfang der 1950er Jahre konstant. Der Anteil unter den mithelfenden Familienangehörigen stieg bis 1939 auf 82%. Der Frauenanteil unter Arbeitern sank leicht auf 30%, Anfang der 1950er Jahre lag er in der früheren Bundesrepublik bei knapp 29%, ein Anteil, bei dem es bis heute in etwa blieb, abgesehen von einer Steigerung auf 32% in den Zeiten der Arbeitsmarktkrise um 2005. Gleichzeitig stieg ab Mitte der 1980er Jahre der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen langsam und dann sich ab 2000 beschleunigend, von 38,4% in 1985 auf 46,6% in 2015. Der Anstieg der abhängigen Erwerbstätigkeit von Frauen führte dazu, dass Frauen unter Angestellten ab Mitte der 1970er Jahre in der Mehrheit sind (zuletzt: 56%).

Der soziale Status der erwerbstätigen Frauen veränderte sich noch einschneidender als derjenige der erwerbstätigen Männer. 1895 waren über 63% der erwerbstätigen Frauen »Arbeiterinnen«, knapp 18% mithelfende Familienangehörige, 17% galten als Selbstständige und nur 2,4% als Beamtinnen oder Angestellte. Bereits in der Weimarer Republik (Berufszählung 1925) hatte sich das Bild deutlich verändert: Nur noch 42% der erwerbstätigen Frauen waren Arbeiterinnen, und nur noch gut 9% selbstständig, hingegen bereits 13% Angestellte und vor allem 36% im meist männlichen Betrieb als mithelfende Angehörige beschäftigt.

2 Die Zahlen überzeichnen den absoluten tatsächlichen Wandel etwas, da 2015 erstmals die Auszubildenden für alle Berufsstellungen (Beamte, Angestellte, Arbeiter) gesondert ausgewiesen worden sind.

3 Es soll hier nochmals daran erinnert werden, dass ein Teil dieses Rückgangs auch ein »sozialstaatliches Artefakt« sein kann: Weil die Trennung der Alterssicherung in diejenige für Arbeiter und diejenige für Angestellte abgeschafft wurde, entfiel eine sozialrechtliche Notwendigkeit, bei der sozialen Positionierung eine Unterscheidung zwischen »Arbeiter« und »Angestellte« zu treffen.

Anfang der 1950er Jahre war der Arbeiterinnenanteil annähernd gleich groß, jedoch der Angestellten- und Beamtinnenanteil auf Kosten der beiden anderen sozialen Positionen gewachsen. Anfang der 1960er Jahre war dann nur noch ein gutes Fünftel der erwerbstätigen Frauen als mithelfende Angehörige erfasst, aber bereits 30% als Angestellte. Anfang der 1960er Jahre setzte auch der Rückgang des Arbeiterinnen-Anteils ein, zunächst relativ gleichmäßig auf knapp 28% der erwerbstätigen Frauen in 1990 und ab 2000 ebenfalls beschleunigt von 24% auf 13% in 2015. Entsprechend stieg der Anteil der weiblichen Angestellten auf über 70% (vgl. Schaubild 2 im Anhang).

Anders verlief die Entwicklung bei erwerbstätigen Männern. Noch Anfang der 1970er Jahre galt mehr als die Hälfte der männlichen Erwerbstätigen (54%) als »Arbeiter«. Dieser Anteil war seit der ersten Berufszählung knapp 100 Jahre zuvor in etwa gleich geblieben. Der Anteil der Angestellten und Beamten hatte sich im gleichen Zeitraum von 1882 bis 1970 von 8% auf 34% vervierfacht, auf Kosten der Selbstständigen und mithelfenden Angehörigen. Gleichwohl blieb die Dominanz des »Arbeiters« unter männlichen Erwerbstätigen unangetastet. Das begann sich in den 1970er Jahren zunächst allmählich zu ändern. Der Arbeiteranteil sank bis 1990 auf 44%, machte aber im Jahr 2000 immer noch 42% unter den männlichen Erwerbstätigen aus. Erst danach setzte ein rasanter Wandel ein: 2015 zählten nicht einmal mehr 29% der männlichen Erwerbstätigen als Arbeiter, aber nun fast 50% als angestellte Gehaltsempfänger. Waren im Jahr 2000 noch die Arbeiter mit 42% die größte Gruppe unter den männlichen Erwerbstätigen, so bereits 2005 die Angestellten mit 42% (vgl. Schaubild 3 im Anhang).

Regionale Aspekte

Der rasante Rückgang der Arbeiter-Zahl in der Statistik seit 2000 vollzog sich regional sehr unterschiedlich. In den neuen Bundesländern war der Rückgang mit knapp 30% etwas stärker als in den alten Bundesländern. Am signifikantesten sank die Arbeiterzahl in den Stadtstaaten Hamburg (minus 65%) und Berlin (minus 50%) bei einem gleichzeitig überdurchschnittlichen Anstieg der Erwerbstätigenzahl. Außerdem ging die Arbeiterzahl im eng wirtschaftlich mit Hamburg verzahnten Schleswig-Holstein stark zurück. In den Ländern mit einem hohen Anteil an industrieller Produktion (Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Saarland) fiel der Rückgang unterdurchschnittlich aus. Eine Ausnahme bildet das Land Thüringen: Die Arbeiterzahl verringerte sich relativ wenig; der Anteil der Arbeiter an allen Erwerbstätigen blieb nahezu konstant. Der Arbeiteranteil ist in allen ostdeutschen Flächenländern immer noch höher als in den westdeutschen; in den genannten westdeutschen Ländern mit hohem Industrieanteil liegt er weiterhin über dem Durchschnitt, macht aber auch kaum mehr als ein Fünftel der Erwerbstätigen aus (vgl. Tabelle 1).

	Anteil »Arbeiter« an allen Erwerbstätigen		Veränderungen Von 2000 bis 2015	
	2000	2015	Erwerbstätige	Arbeiter
Baden-Württemberg	33,3%	22,7%	15,2%	-21,5%
Bayern	32,1%	20,9%	14,2%	-25,7%
Berlin	24,8%	11,2%	12,6%	-49,3%
Brandenburg	35,0%	21,4%	5,2%	-35,7%
Bremen	32,1%	20,1%	8,6%	-32,2%
Hamburg	23,3%	7,1%	14,1%	-65,1%
Hessen	28,8%	18,0%	10,9%	-30,6%
Mecklenburg-Vorpommern	39,8%	29,1%	-4,7%	-26,8%
Niedersachsen	33,5%	21,0%	12,4%	-29,6%
Nordrhein-Westfalen	31,2%	22,3%	9,9%	-21,4%
Rheinland-Pfalz	33,4%	21,4%	10,5%	-29,3%
Saarland	34,0%	25,7%	2,2%	-22,9%
Sachsen	40,0%	28,6%	1,5%	-27,5%
Sachsen-Anhalt	38,6%	26,9%	-2,2%	-31,9%
Schleswig-Holstein	27,3%	12,9%	10,7%	-47,6%
Thüringen	37,4%	35,9%	-5,8%	-9,8%
Deutschland	32,4%	21,4%	10,0%	-27,3%
ABL ohne Berlin	31,6%	20,7%	12,1%	-26,6%
NBL mit Berlin	31,5%	24,5%	2,0%	-29,6%

Quelle: Destatis, Fachserie 1, Reihe 4.1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Mikrozensus). Eigene Berechnungen.

Alter

Die sinkende Bedeutung der sozialen Stellung »Arbeiter«, des Lohnempfängers im engeren Sinne, bildet sich ebenfalls in den Alterskohorten ab. Im Jahr 2016 war der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter an allen Erwerbstätigen der jeweiligen Altersgruppe bei den unter 40jährigen deutlich geringer als bei den 40-65jährigen. Unter jüngeren Erwerbstätigen wird der soziale Status »Arbeiter« deutlich minoritär. (vgl. Tabelle 2)

Tab. 2: Anteil der Arbeiter und Arbeiterinnen an allen Erwerbstätigen nach Altersgruppen 2016			
	Männer	Frauen	Zusammen
Unter 20	10,3%	5,6%	8,3%
20 – 40	23,9%	8,0%	16,6%
40 – 60	27,3%	13,4%	20,7%
60 – 65	26,1%	15,0%	21,0%
65 u.mehr	13,6%	12,1%	13,1%
Zusammen	25,0%	11,3%	18,6%

Quelle: Destatis, Fachserie 1, Reihe 4.1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Mikrozensus). Eigene Berechnungen

Subjektive Selbsteinstufung

Sozialwissenschaftliche Erhebungen, die die soziale Stellung im Erwerbsleben berücksichtigen wollen, stützen sich in kleinerem Umfang auf statistische Daten, die den sozialen Status »objektiv« erfassen; mehrheitlich stützen sie sich auf Selbstauskünfte der repräsentativ Befragten, wobei diese wiederum in unterschiedlichem Maße durch Kontrollfragen validiert werden, etwa wenn beim Mikrozensus nach Lohn oder Gehalt gefragt wird. In der Regel bleibt es bei einer Selbsteinstufung des sozialen Status. Die Selbsteinstufung wiederum kann in bestimmten Maßen sozialer Erwünschtheit entsprechen. Lebt man in einem sozialen Umfeld oder mit einem Gesellschaftsbild, in dem eine bestimmte soziale Stellung einer starken positiven oder negativen Bewertung unterliegt, so wächst die Neigung, als (Nicht-)Dazugehöriger zu gelten. Die Daten der regelmäßigen ALLBUS-Befragungen erheben solche Selbstauskünfte seit Anfang der 1980er Jahre und bieten somit eine Grundlage, die »objektiven« Daten zum sozialen Status mit der subjektiven Sichtweise abzugleichen.

Die ALLBUS-Befragungen arbeiten mit einem am beruflichen Qualifikations- und Sozialstatus orientiertem Schichtmodell und einer subjektiven Schicht-Einstufung in »Unterschicht«, »Arbeiterschicht«, »Mittelschicht«, »Obere Mittelschicht« und »Oberschicht«. Aufgrund der geringen Selbsteinordnungen in die Unter- und Oberschicht werden in den Auswertungen in der Regel Unter- und Arbeiterschicht sowie Obere Mittelschicht und Oberschicht zusammengefasst.

Die Auswertung der ALLBUS-Erhebung 2014 zeigt, dass die subjektive Schichteinstufung keineswegs den Erwartungen entsprechen muss, die sich aus der sozialen Lage ableiten ließen. So zählt sich ein Sechstel der qualifizierten Angestellten und mittleren Beamten zur Arbeiterschicht. 37% der Facharbeiter rechnen sich nicht der Arbeiterschicht, sondern der Mittelschicht zu. Nur drei von fünf Rentnern, die in die Rentenversicherung der Arbeiter eingezahlt haben, ordnen sich bei der Arbeiterschicht ein. (Vgl. Tabelle 4).

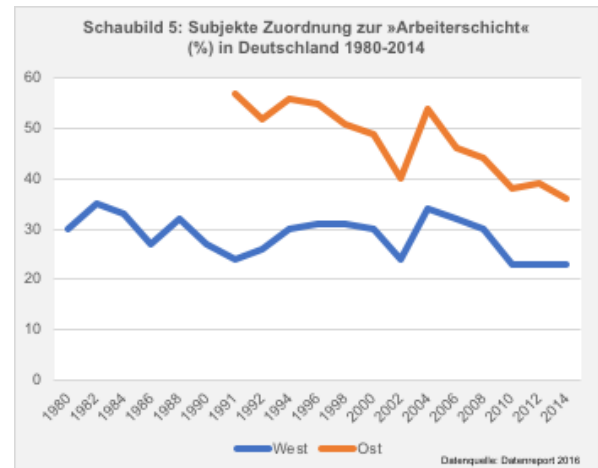
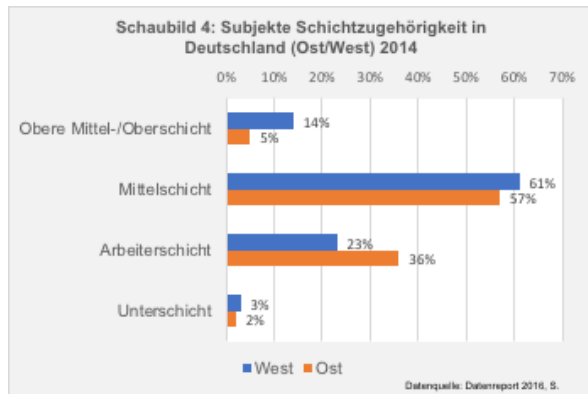
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Unter-/Arbeiterschicht	Mittelschicht	Obere Mittelschicht/Oberschicht	Unter-/Arbeiterschicht	Mittelschicht	Obere Mittelschicht/Oberschicht
16 bis 60 Jahre						
Leitende Angestellte / Höhere Beamte	7	51	42	/	/	/
Hochqualifizierte Angestellte /Gehobene Beamte	5	71	24	9	77	14
Qualifizierte Angestellte / Mittlere Beamte	16	72	12	23	74	3
Einfache Angestellte / Beamte	43	54	3	48	52	0
Meister / Vorarbeiter	38	53	9	40	56	4
Facharbeiter	62	37	1	74	25	1
Un-, angelemte Arbeiter	76	24	0	76	24	0
Selbstständige, freie Berufe	10	61	29	19	74	7
Arbeitslose	52	46	2	69	28	3
Hausfrauen /-männer	24	61	15	/	/	/
Studium / Lehre	15	68	17	18	73	9
Vorruhestand	38	46	16	62	38	0
Noch nie / nicht erwerbstätig	49	47	4	/	/	/
Ab 61 Jahre						
Noch erwerbstätig	19	65	16	29	67	4
Rentner (ehemalige Arbeiter)	59	41	1	71	28	1
Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte)	10	73	17	23	72	6
Rentner (ehemalige Selbstständige)	9	71	20	35	57	9

Datenbasis ALLBUS 1980-2012, 2014; Quelle: Datenreport 2016, S. 207

Bei der Selbsteinstufung spielen eine Reihe von Faktoren eine Rolle, etwa die Verbindung zur Herkunftsfamilie, das eigene Bild der gesellschaftlichen Rollen und Bedeutung der einzelnen Schichten oder auch der Stolz auf den eigenen sozialen Aufstieg aus der Arbeiterschicht in die

Mittelschicht, somit also auch gesellschaftlich geformte »Norm(alität)en«. Umgekehrt lässt sich daraus auch ableiten: Wenn etwa politisch die »Arbeiterschicht« angerufen wird, fühlen sich Angehörige unterschiedlicher sozialer Lagen angesprochen. Mehrheitlich als Arbeiter sehen sich Facharbeiter und un- und angelernte Arbeiter, aber auch gut 40% der einfachen Angestellten und Beamten.

Betrachtet man die Selbsteinstufungen im Zeitverlauf, so spiegelt sich in ihnen der Rückgang der Zahl der Lohnbeziehenden und der Anstieg der Gehaltsempfangenden. Zu berücksichtigen ist bei den folgenden Zahlen, dass sie sich auch auf Altersruheständler beziehen und nicht nur auf Erwerbstätige, wodurch der Rückgang abgeflacht wird.



In Ostdeutschland ist die Zuordnung zur Arbeiterschicht deutlich stärker als in Westdeutschland, was gemeinhin als sozialpsychologische Nachwirkung der »arbeiterlichen Gesellschaft« (W. Engler) der DDR erklärt wird. In Westdeutschland fällt die Zuordnung zur Arbeiterschicht bis in die 1990er Jahre niedriger aus als sie nach den Daten über die soziale Stellung zu erwarten ist. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Lohnempfängern rechnete sich, als Erwerbstätige wie als Rentner, zur Mittelschicht und sah den sozialen Aufstieg als gelungen an. Auf diese Weise, nur in umgekehrter Richtung, ließe sich auch der plötzliche Wiederanstieg der Zuordnung zur Arbeiterschicht Anfang der 2000er Jahre erklären: hohe Arbeitslosigkeit, sektorale Umschichtungen und Arbeitsmarktreformen verdichteten sich zu der Wahrnehmung, doch nicht (gesichert) zur Mittelschicht zu gehören. Indes war dies nur eine kurze Unterbrechung, die Tendenz einer abnehmenden Selbsteinstufung als »Arbeiter« setzte ab 2008 wieder ein.

Zur Selbstsicht – und damit zur Sicht auf Ungleichheit in der Gesellschaft – zählt auch, ob man der Auffassung ist, einen »gerechten Anteil am Lebensstandard« zu erhalten. Die Antworten auf diese Fragestellung in den Jahren 2006, 2010 und 2014 zeigen eine aufschlussreiche Verschiebung: In den »oberen« sozialen Lagen, die sich mehrheitlich zur (oberen) Mittelschicht zählen, nimmt der Anteil derjenigen, die meinen einen »gerechten« oder »mehr als gerechten« Anteil zu erhalten, eher zu, während er in sozialen Lagen, die eher zur unteren Mittelschicht und Arbeiterschicht sich zählen, diese Auffassung abnimmt (vgl. Tabelle 4).

Bei Facharbeitern findet in West und Ost eine gegenteilige Entwicklung statt: Im Westen schwindet des Gerechtigkeitsgefühl, im Osten wächst es, wobei allerdings dort die Auffassung, keinen gerechten Anteil zu erhalten, dominant bleibt. Un- und angelernte Arbeiter sehen sich im Westen zur Hälfte, im Osten nicht einmal zu einem Fünftel mit einem gerechten Anteil am Lebensstandard ausgestattet.

Die deutlichste Veränderung indes hat bei der Gruppe der einfachen Beamten und Angestellten

stattgefunden: Hier findet sich die Masse derjenigen, die sich zwischen den Befragungswellen um den »gerechten Anteil« gebracht sieht.

Generell gilt, dass es in Ostdeutschland nur unter qualifizierten Angestellten und gehobenen Beamten sowie Studenten eine Mehrheit gibt, die einen gerechten Anteil am Lebensstandard zu haben behauptet.

	West			Ost		
	2006	2010	2014	2006	2010	2014
Bis 60 Jahre						
Leitende Angestellte / Höhere Beamte	83	86	76	-	-	-
Qualifizierte Angestellte /Gehobene Beamte	78	74	74	58	48	62
Qualifizierte Angestellte / Mittlere Beamte	65	63	70	42	43	44
Einfache Angestellte / Beamte	53	56	41	46	28	21
Meister / Vorarbeiter	55	47	57	38	-	33
Facharbeiter	59	45	50	26	20	36
Un-, angeleitete Arbeiter	52	44	49	24	20	16
Selbstständige, freie Berufe	71	67	73	46	41	46
Arbeitslose	35	28	38	18	10	15
Hausfrauen /-männer	67	72	68	-	-	-
Studium / Lehre	73	75	87	70	63	75
Vorruhestand		54	55		24	21
Noch nie / nicht erwerbstätig	65	69	57	-	-	/
Ab 61 Jahre						
Noch erwerbstätig	81	75	64	45	-	58
Rentner (ehemalige Arbeiter)	56	58	63	33	34	33
Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte)	74	75	81	39	38	49
Rentner (ehemalige Selbstständige)	62	77	68	32	-	52

Datenbasis: ALLBUS; Quelle: Datenreport 2008, 2013, 2016

Zweifelsohne wäre es politisch interessant näher zu erkunden, ob diejenigen, die meinen, einen mehr als gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten, also womöglich mehr, als ihnen nach eigener Auffassung etwa nach meritokratischen Prinzipien zukäme, für spezifische Umverteilungspolitiken gewinnbar sind.

Neben der Frage nach dem »gerechten Anteil« ist die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage interessant. Diese Einschätzungen reflektieren wie diejenigen nach dem gerechten Anteil mindestens drei Dimensionen: den Blick auf die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, den Blick auf das überschaubare soziale Umfeld und den Blick auf die eigene Biografie bzw. Herkunft.

	West			Ost		
	2006	2010	2014	2006	2010	2014
Bis 60 Jahre						
Leitende Angestellte / Höhere Beamte	79	88	86	-	-	/
Qualifizierte Angestellte/Gehobene Beamte	61	73	81	62	74	79
Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte	45	58	66	39	52	69
Einfache Angestellte / Beamte	31	35	37	23	32	36
Meister / Vorarbeiter	33	47	74	67	-	68
Facharbeiter	36	40	59	24	35	61
Un-, angeleitete Arbeiter	26	29	47	15	16	28
Selbstständige, freie Berufe	39	51	63	37	54	62
Arbeitslose	10	10	22	3	11	16
Hausfrauen /-männer	38	54	56	-	-	/
Studium / Lehre	49	46	61	40	49	37
Vorruhestand	41	37	50	10	33	26
Noch nie / nicht erwerbstätig	44	34	55	-	-	/
Ab 61 Jahre						
Noch erwerbstätig	49	68	62	65	-	62
Rentner (ehemalige Arbeiter)	41	60	67	39	55	63
Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte)	59	51	75	51	55	74
Rentner (ehemalige Selbstständige)	54	74	75	53	-	65

Datenbasis: ALLBUS; Quelle: Datenreport 2008, 2013, 2016

In einer Reihe von Berufsgruppen nimmt die positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage zu, insbesondere auch dort, wo die Auffassung, einen gerechten Anteil zu erhalten, schwindet. Das trifft auch auf die Gruppe der einfachen Angestellten und Beamten zu.

In Westdeutschland galt für alle sozialen Gruppen im Jahr 2006 mit Ausnahme der Vorrührständler: der Anteil derjenigen, die ihren Lebensstandard als (sehr) gerecht beurteilen, lag um 20 bis 30 Prozentpunkte höher als der Anteil derjenigen, die sagten, es gehe ihnen wirtschaftlich (sehr) gut. Mit anderen Worten: Eine nicht geringe Zahl schätzte die eigene wirtschaftliche Lage eher als schlecht an, fand aber gleichwohl, einen gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten. Bereits in 2010 war diese Differenz stark geschmolzen und sowohl dort, wo man sich mehrheitlich der Mittel- und Oberschicht zurechnet (Leitende und qualifizierte Angestellte und ab mittlere Beamte) als auch bei Meistern, Vorarbeitern und Facharbeitern kaum noch vorhanden. Bei den »oberen« Gruppen hatte sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage verbessert, bei den anderen hatte gleichzeitig aber die Auffassung abgenommen, einen gerechten Anteil zu erhalten. Bis zur Befragung 2014 hatte sich diese Tendenzen verstärkt: Leitende und qualifizierte Angestellte, gehobene und höhere Beamte, Meister, Vorarbeiter und Facharbeiter schätzen ihre wirtschaftliche Lage meist deutlich besser ein als 2010, gleichzeitig sind aber deutlich weniger der Auffassung, einen gerechten Anteil zu erhalten. Das Teilgruppen-Phänomen von 2006 »Es geht uns nicht gut, aber wir werden gerecht behandelt« hat sich gewandelt in »Es geht uns gut, aber wir bekommen nicht den gerechten Anteil«. »Gerechter Anteil« kann auch gelesen werden als »das, was mir zusteht«.

Eine ähnliche Bewegung zeigen die Daten für un- und angelernte Arbeiter, die Differenzen zwischen den Antworten auf beide Fragen sind nahezu verschwunden, vor allem dank eines stark gewachsenen Anteils derjenigen, die ihre wirtschaftliche Lage als gut bezeichnen. Für die einfachen Angestellten und Beamten schließt sich die Schere ebenfalls, aber in einer gegensätzlichen Bewegung: Während sich von 2010 bis 2014 bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage wenige verändert, sinkt der Anteil derjenigen, die ihren Lebensstandard als gerecht einstufen, deutlich.

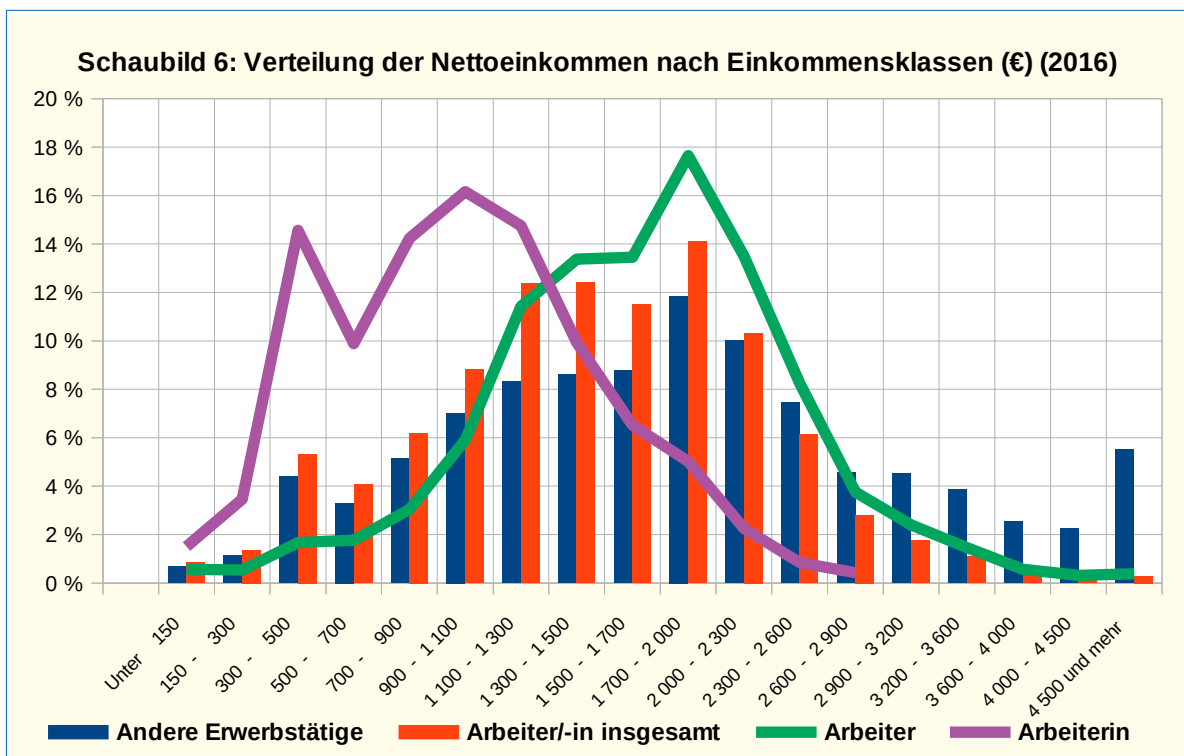
Für Ostdeutschland zeigen die Befragungsergebnisse für alle sozialen Gruppen eine eindeutige Tendenz. Gab es 2006 nur vereinzelt Gruppen, die ihre wirtschaftliche Lage besser einschätzten als die Gerechtigkeit ihres Anteils, so galt dies 2014 für alle Gruppen und dies in einem erheblichen Ausmaß. In allen sozialen Schichten findet sich eine größere Gruppe, die von sich sagt: »Es geht mir wirtschaftlich (sehr) gut, aber ich bekomme (bei weitem) nicht, was mir eigentlich zusteht.« Was in Westdeutschland vor einzelne soziale Gruppen und mit unterschiedlichen Vorzeichen gilt, ist in Ostdeutschland ein allgemeines Phänomen.

Man sollte diese Unterschiede in den Befragungsergebnisse nicht überwerten. Gleichwohl deuten die Bewegungen im Zeitverlauf auf den Aufbau von sozialpsychologischen Spannungen und Frustrationspotentialen hin. Auch kann man vermuten, dass es erhebliche Unterschiede in Befindlichkeit und Blick auf die Gesellschaft gibt zwischen jenen, die ihre wirtschaftliche Lage als gut und ihren Anteil als gerecht betrachten; und jenen, die ihre wirtschaftliche Lage als schlecht und ihren Anteil als ungerecht betrachten sowie den beiden oben beschriebenen Gruppen »dazwischen«.

Einkommen, Bildung und Berufe

Einkommen

Die Hälfte der Arbeiterinnen und Arbeiter verfügte über ein Nettoeinkommen von unter 1.500 Euro im Monat. Der entsprechende Medianwert für alle anderen Erwerbstätigen lag im Jahr 2016 bei etwa 1.800 Euro. Die Hälfte der Arbeiter erhielt einen Nettolohn von 1.700 Euro und mehr, die Hälfte der Arbeiterinnen erzielte einen Nettolohn von weniger als 1.000 Euro. Dieser niedrigere Medianwert verdankt sich nicht nur einem hohen Anteil geringfügiger Beschäftigung unter Arbeiterinnen mit Verdiensten um 500 Euro, sondern generell niedrigeren Frauenlöhnen (siehe Schaubild 6).



Schulischer Abschluss

Arbeiterinnen und Arbeiter verfügen im Durchschnitt über ein niedrigeres allgemeines Bildungszertifikat als die anderen Erwerbstätigen, kein überraschender Befund. Unter Haupt- und Realschülern stellen sie einen überdurchschnittlichen Anteil, auch beim Abschluss der polytechnischen Oberschule der DDR. Bereits beim Realschulabschluss (West) sind sie unterdurchschnittlich vertreten, hier findet man (siehe die Daten für Frauen) eher einfache und mittlere Angestellte als Arbeiter.

Etwa 45% der Arbeiter und Arbeiterinnen verfügten 2016 als höchsten Schulabschluss über einen Hauptschulabschluss, knapp 40% über einen mittleren Abschluss, 10% über einen Abschluss mit Berechtigung zum Hochschulzugang und knapp 7% besaßen keinen allgemeinen Schulabschluss. (vgl. Tabelle 6)

Tabelle 6: Erwerbstätige Arbeiter und Arbeiterinnen nach Schulabschluss (2016)						
	Anteil am jeweiligen Abschluss			Verteilung auf die Abschlüsse		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
<i>Anteil an allen Erwerbstätigen</i>	18,6%	11,3%	25,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Mit allgemeinem Schulabschluss	17,8%	10,6%	24,2%	93,8%	92,3%	94,5%
Haupt-/Volksschule	36,2%	25,1%	43,4%	45,6%	43,5%	46,4%
polytechnische Oberschule	34,5%	20,2%	48,3%	13,4%	13,6%	13,3%
Realschule und gleichwertig	16,2%	8,4%	24,4%	24,7%	23,7%	25,1%
(Fach-)Hochschulreife	4,7%	3,2%	6,1%	9,9%	11,2%	9,4%
ohne allgemeinen Schulabschluss	51,5%	45,4%	55,6%	6,7%	8,2%	6,0%

Quelle: Destatis, Fachserie 1, Reihe 4.1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Mikrozensus). Eigene Berechnungen

Die Querschnittszahlen für das Jahr 2016 zeigen, dass »Arbeiter« zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlicher als andere über einen niedrigeren Schulabschluss verfügen. Die Dynamik, das Ausmaß des Wandels und damit auch des sozialen Drucks, der auf den Arbeiter-Berufen und dem Arbeiter-Status lastet, wird erst bei einem Längsschnittvergleich über die Zeitachse greifbar. Innerhalb einer Generation, also von rund 30 Jahren, hat sich die schulische Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in Deutschland radikal verändert. Einen solchen Wandel der Bildungszertifikate erlebte in diesem Ausmaß zuvor keine Generation. Im Vergleich mit den Ergebnissen der Volkszählung von 1987 in der früheren Bundesrepublik war der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Haupt- oder Volksschulabschluss (und ohne Abschluss) von 61% aller Erwerbstätigen auf 26% gesunken, der Anteil derjenigen mit einem mittlerem Schulabschluss von 24% auf 36% gestiegen und vor allem der Anteil derjenigen mit (Fach-)Hochschulberechtigung von 16% aller Erwerbstätigen auf 39% hochgeschnellt (vgl. Tabelle 6a im Anhang).

Dieser Umbruch bildet sich unter den Erwerbstätigen im Jahre 2016 folgerichtig auch in den Erwerbslebensphasen ab: Über 45% der unter 45jährigen Erwerbstätigen verfügen über eine Zugangsberechtigung zur Hochschule, bei den älteren ist es »nur« ein knappes Drittel (vgl. Tabelle 6b im Anhang).

Der Erwerb höherer Bildungszertifikate bekam in den zurückliegenden zwanzig Jahren, auch mit Blick auf die Zukunft der eigenen Kinder, allmählich eine neue gesellschaftliche Funktion: Längere Schulbildung zu ermöglichen ist weniger eine mögliche Investition in einen wahrscheinlichen sozialen Aufstieg und viel mehr eine notwendige Investition in den Erhalt der sozialen Stellung und Position.

Beruflicher Abschluss

Bei den Berufsabschlüssen dominiert unter Arbeitern die Lehre bzw. die betriebliche Fachausbildung. Ein gutes Drittel der Männer mit einem solchen Berufsabschluss sind Arbeiter, bei den Frauen ist jede achte in der sozialen Stellung »Arbeiterin«. Unter den Fachschulabschlüssen befindet sich ebenfalls noch ein beachtenswerter (männlicher) Arbeiteranteil. 71% der Arbeiter und 55% der Arbeiterinnen besitzen eine betriebliche Berufsausbildung, ein gutes Fünftel der Männer und mehr als zwei Drittel der Arbeiterinnen verfügt über keinen beruflichen Abschluss, darunter kaum jemand, der sich noch in schulischer oder betrieblicher Ausbildung befindet. (vgl. Tabelle 7)

Tabelle 7: Erwerbstätige Arbeiter und Arbeiterinnen nach beruflichem Abschluss (2016)						
	Anteil am jeweiligen Abschluss			Verteilung auf die Abschlüsse		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
<i>Anteil an allen Erwerbstätigen</i>	18,6%	11,3%	25,0%	100%	100%	100%
Mit beruflichem Bildungsabschluss	16,5%	8,6%	23,4%	74,1%	63,6%	78,1%
Lehre/Berufsausbildung (2)	24,3%	12,2%	34,9%	66,6%	55,3%	71,0%
Fachschulabschluss (3)	8,6%	4,7%	12,5%	4,9%	4,7%	4,9%
Bachelor	3,0%	2,8%	3,1%	0,4%	0,7%	0,3%
Master, Diplom (4)	2,1%	1,7%	2,4%	2,0%	2,6%	1,8%
Promotion						
Ohne beruflichen Abschluss	29,0%	24,6%	32,8%	26,6%	37,2%	22,5%
nicht in schulischer/beruflicher Bildung	40,1%	33,9%	45,7%	25,3%	35,6%	21,3%

Quelle: Destatis, Fachserie 1, Reihe 4.1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Mikrozensus). Eigene Berechnungen

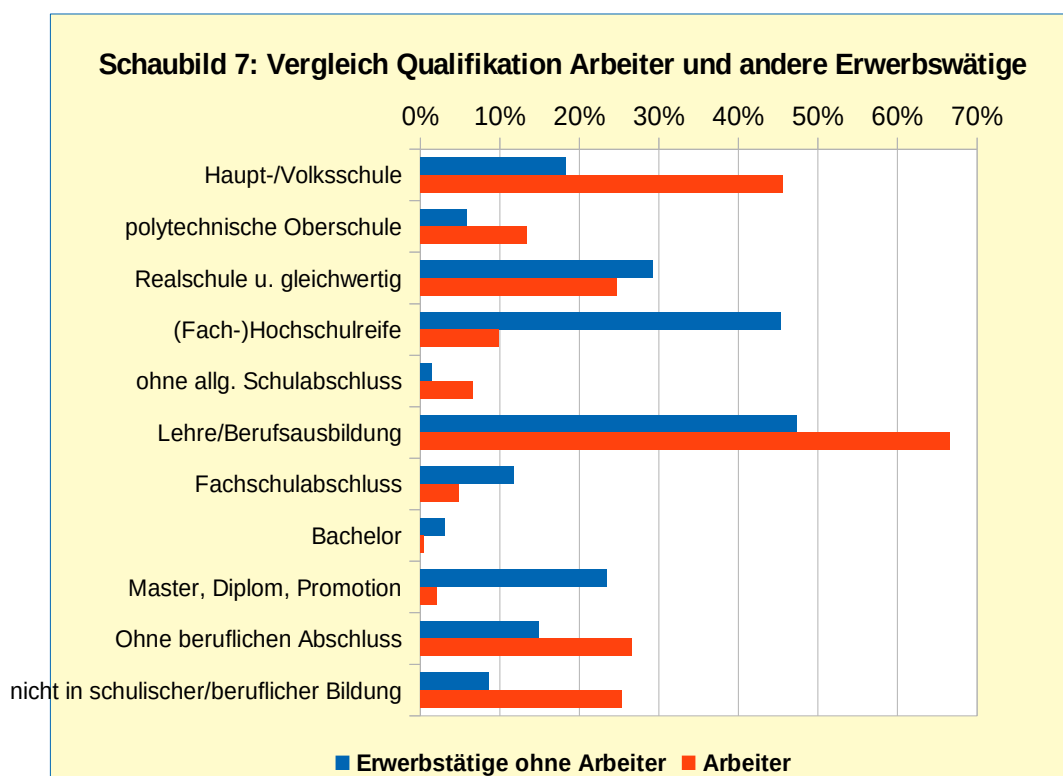
(2) Einschl. gleichw. Berufsabschl., Vorbereitungsdienst für den mittl. Dienst in der öffentl. Verwalt., Anlernausb., Abschluss 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe.

(3) Einschl. Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe, Abschl. an einer Schule für Erzieher/-innen sowie Fachschulabschluss der DDR.

(4) Einschl. Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbarer Abschluss.

Bei den Berufsabschlüssen zeigt der Blick zurück ebenfalls den erheblichen Wandel. Ende der 1970er Jahre verfügten etwa 7% der Erwerbstätigen über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, 1987 dann 12% und eine Generation später sind es nahezu 30%. Der Anteil der nicht im Betrieb, sondern in Fachschule oder Hochschule erworbenen Berufsabschlüsse lag 1987 bei einem Viertel aller Erwerbstätigen, 2016 bei 40%. Umgekehrt besaß weniger als die Hälfte aller Erwerbstätigen eine im Betrieb erworbene Ausbildung. Hierbei handelt es um Durchschnittszahlen für alle Altersgruppen der Erwerbstätigen.

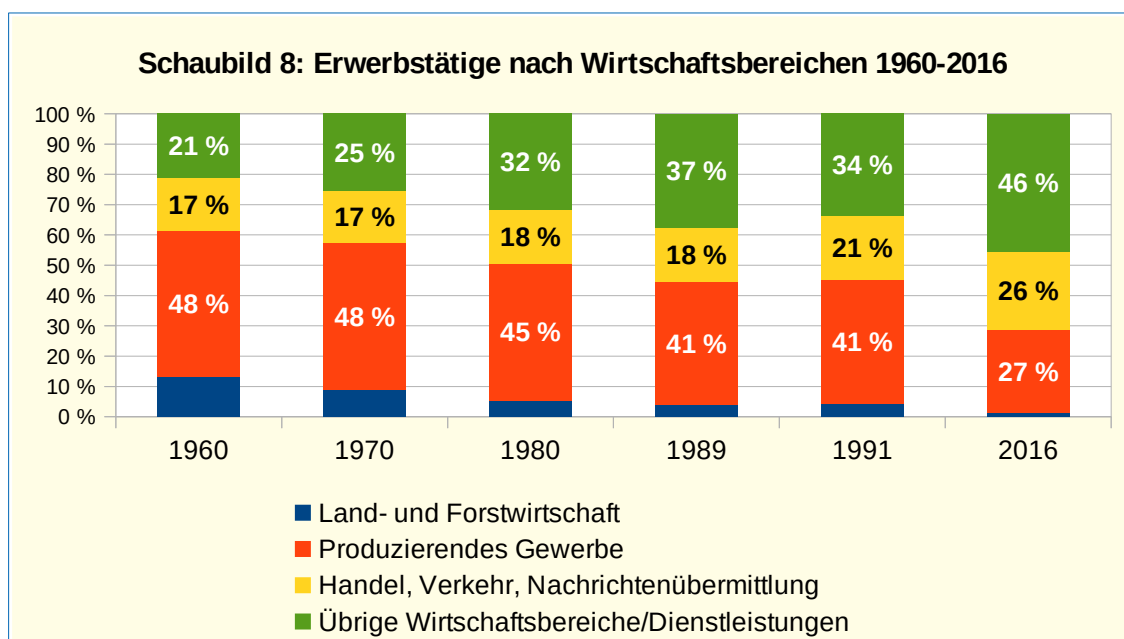
Vergleicht man die schulische und berufliche Qualifikationsstruktur von Arbeitern und Arbeiterinnen mit derjenigen der übrigen Erwerbstätigen, so fallen die strukturellen Unterschiede entlang der Qualifikation unmittelbar ins Auge (vgl. Schaubild 7). Sie würden vermutlich noch deutlicher ausfallen, wenn für diese Daten eine Unterscheidung der Angestelltenberufe in einfache und mittlere einerseits und höhere und gehobene andererseits zur Verfügung stände.



Während rund 45% der Arbeiter und Arbeiterinnen einen Hauptschulabschluss als höchstes allgemeines Bildungszertifikat vorlegen können, sind es unter den anderen Erwerbstätigen weniger als ein Fünftel. Ein Viertel der Arbeiterinnen und Arbeiter verfügte über keinen beruflichen Abschluss.⁴

Wirtschaftsbereiche

Der Wandel von der industriell geprägten Arbeitswelt zur dienstleistungs- bzw. wissensbasierten Arbeitswelt bildet sich zunächst in der Verteilung auf die großen Wirtschaftssektoren ab (Schaubild 8). Arbeiteten 1989/1991 immerhin noch gut 40% der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe, so waren es 2016 nur noch 27%. blieb der Sektor der »produktionsnahen« Dienstleistungen von 1960 bis 1989/91 annähernd gleich stark, so wuchs sein Anteil danach um mehr als ein Drittel auf 26%. Entscheidender für den Wandel ist indes die Ausweitung der »übrigen Wirtschaftszweige«, im weitesten Sinne die humanorientierter Dienstleistungen.



Der arbeitsweltliche Strukturwandel spiegelt sich in dem Gewicht und der Bedeutung der sozialen Position »Arbeiter« in den einzelnen Wirtschaftssektoren. Arbeiteten vor knapp 30 Jahren nach zwei Drittel aller Arbeiter und Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe, so heute nur noch rund die Hälfte. Stellten Arbeiter und Arbeiterinnen vor fünfzig Jahren, zu einer Zeit, in der heutige Neurentner ins Berufsleben eintraten, noch über 70% der Erwerbstätigen im industriellen Sektor (einschließlich Bergbau und Baugewerbe), so knapp zwei »Arbeiter-Generationen« später nur noch ein gutes Drittel, wobei der dramatische Umbruch in den letzten 25 bis 30 Jahren stattfand.

Tabelle 8: Arbeiter und Arbeiterinnen nach Wirtschaftsbereichen 1969, 1989 (BRD alt) und 2016						
	Verteilung auf die Bereiche			Anteil in den Bereichen		
	1969	1989	2016	1969	1989	2016
Land- und Forstwirtschaft	2,3%	1,9%	1,6%	11,1%	19,7%	22,8%
Produzierendes Gewerbe	73,4%	66,7%	52,8%	71,4%	62,9%	35,9%
Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung	10,0%	12,7%	24,4%	27,2%	27,2%	17,6%
Übrige Wirtschaftsbereiche/Dienstleistungen	14,3%	18,7%	21,3%	28,3%	19,2%	8,7%

Quelle: Statistische Jahrbücher 1972, 1991; Destatis, Fachserie 1, Reihe 4.1. Eigene Berechnungen

4 Vgl. ausführlicher zum Wandel der Berufe und der erforderlichen Einstiegszertifikate die Datenanalysen von Sonja Weber-Menges.

Teilweise handelt es sich hierbei um eine Verschiebung in andere Sektoren, überwiegend jedoch um eine Veränderung der Tätigkeiten und Berufe, die von Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeübt werden. Mehr als ein Fünftel von ihnen arbeitete im Bereich der (überwiegend personenorientierten) Dienstleistungen, stellte dort aber nicht einmal ein Zehntel der Erwerbstätigen. (Umgekehrt spiegelt sich im Anstieg des Arbeiteranteils in der Landwirtschaft die weitere Industrialisierung und Konzentration in diesem Sektor.)

Für Arbeiter sind die Wirtschaftsunterbereiche Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe die dominanten Bereiche geblieben. Hier sind fast zwei Drittel der Arbeiter beschäftigt und mit 40% stellen sie eine noch eine sehr große Minderheit der Erwerbstätigen. Arbeiterinnen verteilen sich zu etwa je einem Viertel auf das Verarbeitende Gewerbe, Handel und Gastronomie sowie öffentliche und private Dienstleistungen, ein knappes Sechstel arbeitet bei wirtschaftsnahen Dienstleistern, etwa im Reinigungsgewerbe. (vgl. Tabelle 9 im Anhang).

Datenquellen

Statistisches Bundesamt/WZB: Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2017 (hier: ALLBUS-Daten)

Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 4.1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2016

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, Wiesbaden 1974

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch (ältere Jahrgänge:

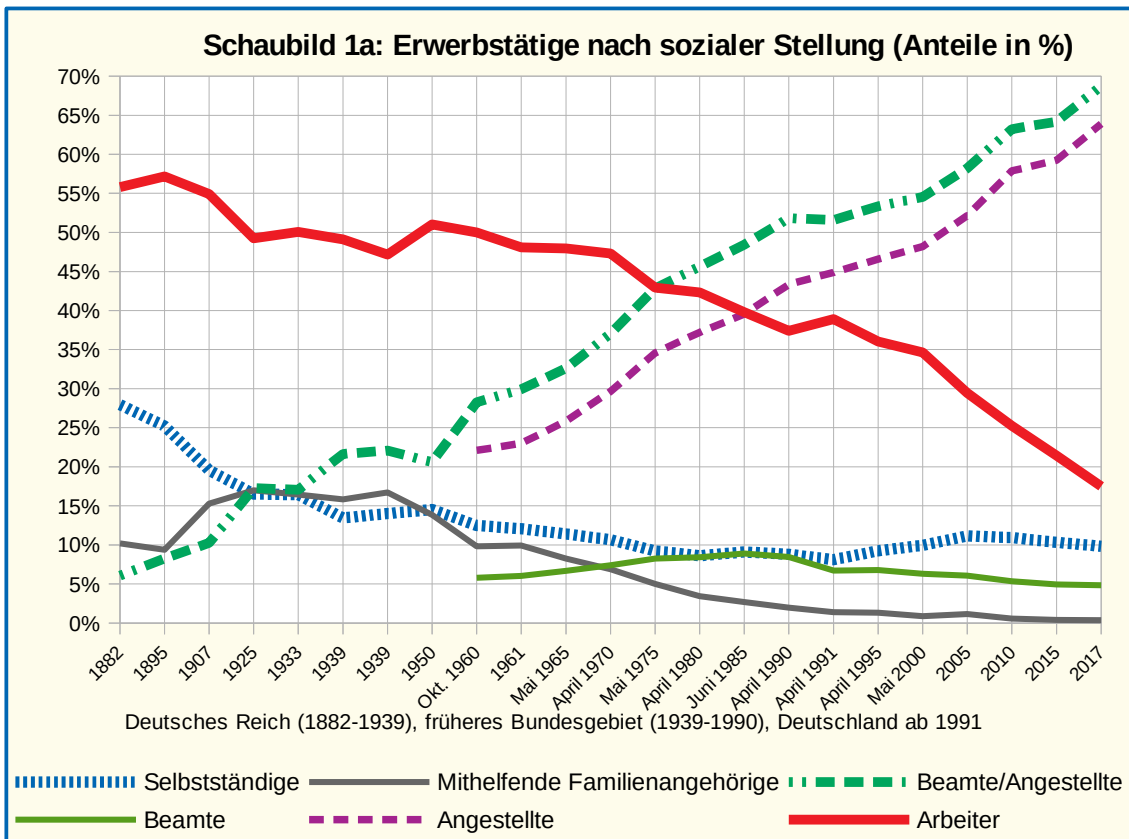
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch_AeltereAusgaben.html;jsessionid=CA4A7D042A60246FFDCFC7CBCBDB2F41.InternetLive1)

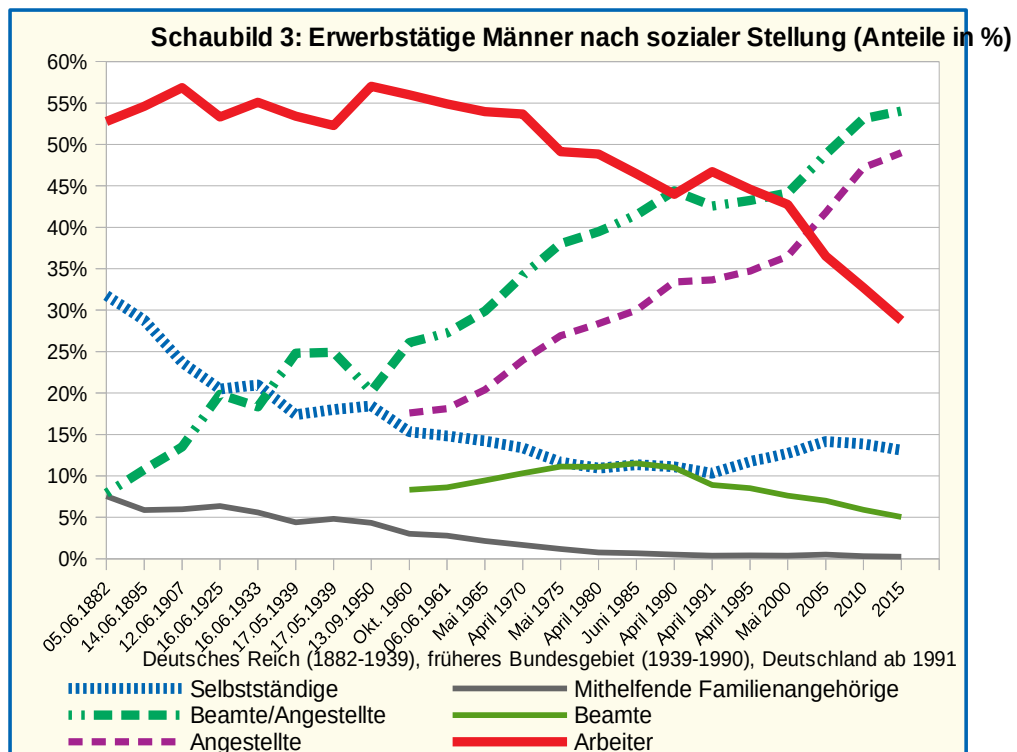
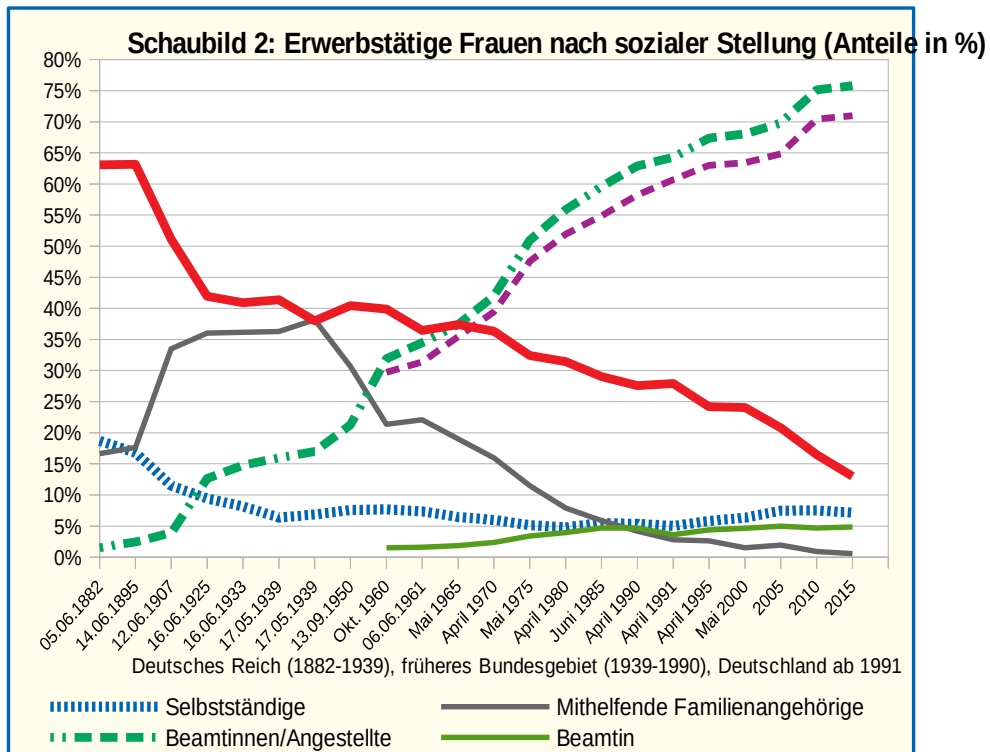
nachrichtlich:

Sonja Weber-Menges 2016: Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung, RLS-Arbeitsmaterial (https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/berufl_arbeitsteilung_prekarisierung_Weber-Menges.pdf)

Daten-Anhang

- x Erwerbstätige und erwerbstätige Männer und Frauen nach sozialer Stellung
- x Erwerbstätige nach höchstem Bildungszertifikat im Generationenverlauf
- x Erwerbstätige nach höchstem Bildungszertifikat 2016 nach Altersgruppen
- x Erwerbstätige und erwerbstätige Arbeiter und Arbeiterinnen nach Wirtschafts(unter)bereichen





höchster Schulabschluss	Männer		Frauen		Gesamt	
	1987	2016	1987	2016	1987	2016
Haupt-/Volksschule, ohne Abschluss	64%	29%	55%	22%	61%	26%
Mittlerer Abschluss	19%	33%	30%	39%	24%	36%
(Fach-)Hochschulreife	17%	38%	14%	39%	16%	39%

Quelle: Destatis, Fachserie 1, Reihe 4.1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Mikrozensus). Eigene Berechnungen

höchster Abschluss	Erwerbstätige im Alter von ... bis			
	20-30	30-45	45-60	60 u. älter
Haupt-/Volksschule, ohne Abschluss	18%	22%	29%	38%
Mittlerer Abschluss	33%	31%	38%	30%
(Fach-)Hochschulreife	48%	44%	33%	32%

Quelle: Destatis, Fachserie 1, Reihe 4.1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Mikrozensus). Eigene Berechnungen

Wirtschafts(unter)bereich	Anteil Arbeiter/-innen an allen Erwerbstätigen			Verteilung Arbeiter/-innen			Verteilung andere Erwerbstätige		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	24,9%	18,1%	22,8%	1,7%	1,4%	1,6%	1,7%	0,8%	1,2%
Produzierendes Gewerbe	40,0%	22,6%	35,9%	62,7%	27,5%	52,8%	31,3%	12,0%	21,5%
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	40,1%	25,9%	36,3%	42,4%	25,7%	37,7%	21,1%	9,4%	15,1%
Energie- und Wasserversorgung; Abfallentsorgung	30,0%	6,3%	24,5%	2,3%	0,4%	1,8%	1,8%	0,7%	1,2%
Baugewerbe	41,6%	8,9%	37,2%	18,0%	1,5%	13,3%	8,4%	2,0%	5,1%
Handel, Gastgewerbe und Verkehr; Information und Kommunikation	21,4%	12,9%	17,6%	22,9%	28,2%	24,4%	28,1%	24,3%	26,2%
Handel; Rep. v. KFZ; Gastgewerbe	20,8%	13,1%	16,8%	13,4%	23,3%	16,2%	17,0%	19,6%	18,3%
Verkehr; Lagerei; Kommunikation	22,2%	11,7%	19,2%	9,5%	4,9%	8,2%	11,1%	4,7%	7,9%
Sonstige Dienstleistungen	9,9%	8,0%	8,7%	12,8%	42,8%	21,3%	39,0%	62,9%	51,1%
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen		1,5%	1,0%		0,5%	0,2%	3,9%	3,8%	3,8%
Grundstücks- und Wohnungswesen; wirtschaftliche Dienstleistungen	13,8%	14,1%	14,0%	5,9%	14,8%	8,4%	12,2%	11,5%	11,8%
Öffentliche Verwaltung o.ä.	8,0%	3,1%	5,5%	2,1%	2,0%	2,1%	8,0%	8,2%	8,1%
Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öff. Verw.)	9,7%	7,6%	8,2%	4,8%	25,5%	10,6%	14,9%	39,4%	27,3%
Zusammen	25,0%	11,3%	18,6%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: Destatis, Fachserie 1, Reihe 4.1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Mikrozensus). Eigene Berechnungen